

Kommentar zum Gruppenprozess

6.1.2019

Vorbemerkung

Der Kommentar und die Zitate beziehen sich auf folgenden Zeitungsartikel: Tages-Anzeiger, 5.1.2019. Mit zivilem Ungehorsam gegen die Politik von Matteo Salvini. Diesen Artikel finden Sie unten nach dem Kommentar.

Kommentar

Ideologische Gruppen und Verräter

Unlängst wurde in Italien das **neue Sicherheits- und Immigrationsgesetz** des national-populistischen Innenministers Matteo Salvini verabschiedet.

Es ging dabei nicht um die **soziale** Emanzipation von diskriminierten Bevölkerungsgruppen, sondern im Gegenteil um die **Entmächtigung** von Bevölkerungsgruppen. Das Gesetz schickt «Zehntausende Asylsuchende, die bisher mit einer ‘Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen’ ausgestattet waren, in die Illegalität.» Es «verbietet den Gemeinden, diese Personen in das Register ihrer Einwohner aufzunehmen, wie das bislang der Fall war. Und ohne Eintrag haben sie **kein Recht, die Kinder zur Schule zu schicken. Das Gesundheitswesen bleibt ihnen verschlossen. Arbeit finden die Papierlosen höchstens noch in der Schattenwirtschaft**, auf den Gemüsefeldern im Süden zum Beispiel, **wo sie vom organisierten Verbrechen ausgebeutet werden»...**

«Kritische Bürgermeister» von Seiten der Linken und von der regierenden Partei Cinque Stelle sprechen von einer «sozialen Bombe». In den Medien wird der Anführer dieser Bürgermeister, der linke Kosmopolit **Leoluca Orlando** von Palermo «als **Rebellenführer** gehandelt». Er will das Gesetz nicht anwenden, weil es «unmenschlich» und «verfassungswidrig» sei.

«Orlando nannte Salvini einen ‘**Protofaschisten**’¹. » Der Minister konterte mit «**Verräter**» und drohte mit Zwangsmassnahmen zur Durchsetzung der Anwendung des Gesetzes. Die «**Party**», das wofür er «einen alten Kampfbegriff seiner Propaganda – «**la pacchia**», das «schöne Leben» verwendete, sei auch für den Bürgermeister «vorbei». Im Sommer hatte er Aufsehen erregt, als er «**Migranten auf Kreuzfahrt über das Mittelmeer**» ein **Ende dieses schönen Lebens** verhies.

¹ Wikipedia: Präfaschismus oder **Protofaschismus** ist in der deutschen Geschichtswissenschaft ein alternativer Begriff zu dem von Armin Mohler geprägten Begriff der Konservativen Revolution und beschreibt dort eine **Radikalisierung des Konservatismus**.

Die **ideologischen Konservativen** lehnen die Rechtstaatlichkeit, die soziale Emanzipation und den Sozialstaat ab und befürworten den **Machtmissbrauch der Mächtigen**. **Vernünftige Staatsführung**, die sich am expliziten, aus der Aufklärung stammenden Wertesystem und den realen existentiellen Bedürfnissen orientierten (mit wichtigen Werten wie persönliche Freiheit, Wohlfahrt, Rechtssicherheit, Friede) wird als **schwach machend und verunreinigend** abgelehnt.

Tiefe traumatische prä- und perinatale Gefühle von Wut, Angst und Verlassenheit richten sich gegen die westlichen Demokratien, wie die Aktionen der marodierenden **Gelbwesten** in Frankreich zeigen und die dabei **zur Schau getragene Verachtung für demokratische und rechtstaatliche Institutionen**.

Dass auch **Linksliberale** starke unbewusste und **antidemokratische Reflexe** haben, kann man aus der dort verbreiteten Akzeptanz des sogenannten «**Schwarzen Blocks**» und die durch diesen verursachten Zerstörungen ersehen, wie bei den G20-Ausschreitungen von 2017 in Hamburg. Auch dort wurde eine **grosse Verachtung für die demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen** sichtbar.

Bezüglich der aktuellen **Gefährlichkeit** von linken und rechten Ideologien für Demokratie und Rechtsstaat gibt es Unterschiede. Während deren Zerstörung von radikal-konservativer Seite aktiv betrieben wird, ist es auf der **linksliberalen Seite** eher so, dass der **demokratische Staat** zwar unwillkürlich verachtet und ihm der **Beistand verweigert** wird. Der Umsturz der Demokratien steht aber nicht im gleichen Ausmass auf der Agenda, wie bei **den radikalen Konservativen**, welche wie Trump ein **gutes Verhältnis zu Putin suchen und gleichzeitig den westlichen Demokratien Schaden zufügen wollen**.

Die **beiden politischen Hauptideologien** teilen sich aber in die **unwillkürliche Verachtung der Demokratie**. Die Linksliberalen und die amerikanischen Demokraten betrachten sie ideologisch als Instrument des Kapitalismus, welcher für alles Übel in der Welt verantwortlich sei.

Das **Hauptübel für die Konservativen** ist das, was für die Demokraten das Vernünftige ist (**Wohlfahrt der breiten Bevölkerung, Rechtsstaat, Friede und internationale Zusammenarbeit**). All das **vermindert nämlich die Möglichkeiten**, frühe, prä- und perinatale **traumatische Gefühle** von Wut, Angst, Verachtung durch die Politik des Staates **auszuagieren und damit abzuwehren**.

Die Hassgefühle und die Verachtung gegen den Staat entstehen, weil der **Nationalstaat seiner traditionellen Aufgabe der Abwehr früher traumatischer Gefühle** durch deren Ausagierung innerhalb eines nationalen, unbewussten Gruppenprozesses in immer kleinerem Ausmass nachkommt oder nachkommen kann.

Die **italienischen Nationalkonservativen** stellen die Regierung, weil sie die Wahlen gewonnen haben. Sie sind die **Repräsentanten unserer Alter Egos**, welche auf die Verschlechterung unserer realen existentiellen Lebensbedingungen hinarbeiten. Zustimmung erhalten sie, wenn sie solche Politiken durchsetzen können.

Die Linken stehen heute unseren vernünftigen Persönlichkeiten näher, als es bei den Konservativen der Fall ist. Dennoch schafften sie es im **Frankreich vor Macron** nicht, den **Arbeitsmarkt zu reformieren** und damit gleichzeitig das nationale Wirtschaftspotential zu erhöhen und das Prekariat abzubauen. Bei der **Brexit-Abstimmung** in Grossbritannien nahm die linke **Labour-Partei** eine unbeteiligte Haltung ein und **verweigerte den Brexit-Gegnern** bei der Abstimmung von 2016 aus einem antikapitalistischen Reflex die **Unterstützung**. Ich vermute, dass ähnlich viele **Linksliberale** in den **USA bei den letzten Präsidentschaftswahlen nicht für Hillary Clinton stimmten** oder sich gar nicht an der Wahl beteiligten. So weigerten sie sich, das Zünglein an der Waage zu spielen, mit welchem Trump hätte verhindert werden können.

Die **Rebellen** sind die Gegenspieler der Nationalpopulisten. Sie wenden sich an unsere **vernünftigen Persönlichkeiten**. Deshalb stören sie aber auch die Abwehr unserer traumatischen Gefühle in der Politik. Diese nicht mehr abgewehrten traumatischen Gefühle können nun leicht von den ideologischen Nationalisten auf die vernünftigen Kräfte in der Politik gelenkt werden. Diese werden **von unseren Alter Egos unwillkürlich als Verräter an der nationalen Sache der Abwehr unserer traumatischen Gefühle wahrgenommen**. Sie lösen unwillkürliche Gefühle der Schwäche und Verunreinigung aus, während die Repräsentanten unserer Alter Egos in der Politik als starkmachend und rein erscheinen, zumindest so lange sie sich gegen unsere vernünftigen Persönlichkeitsteile durchsetzen können.

Tages-Anzeiger, Zürich

5.1.2019

Mit zivilem Ungehorsam gegen die Politik von Matteo Salvini

Italien Palermos Bürgermeister Leoluca Orlando führt einen Aufstand gegen das neue Sicherheitsgesetz an.

Ziviler Ungehorsam ist eine alte, oftmals noble Form des politischen Handelns. Zumal dann, wenn es dem guten Gewissen entspringt, der Empörung etwa über die Ungerechtigkeit eines Gesetzes. In Italien begehren prominente Bürgermeister aus grossen Städten wortmächtig auf gegen das unlängst verabschiedete Sicherheits- und Immigrationsgesetz der populistischen Regierung. Manche von ihnen drohen damit, es einfach zu ignorieren. Sie sagen, es stutze auf unzulässige Weise die Grundrechte der Zuwanderer und Sorge so für mehr statt weniger Unsicherheit in den Städten und für mehr Schwarzarbeit. Sie müssen es ja wissen, als Verwalter vor Ort.

Das fragliche Gesetz ist auch als Legge Salvini bekannt, weil es das ideologische Siegel von Matteo Salvini trägt, dem Innenminister und Vizepremier von der rechten Lega. Seinen

gesamten politischen Aufstieg verdankt er dem Thema. Kontrovers ist das Gesetz vor allem deshalb, weil es Zehntausende Asylsuchende, die bisher mit einer «Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen» ausgestattet waren, in die Illegalität schickt, in den Untergrund. Den Status des humanitären Bleiberechts gibt es nur noch in ganz seltenen Härtefällen. Viele dieser neuerdings statusfreien Menschen verlassen das Land aber nicht, weder freiwillig noch zwangsweise: Sie landen auf der Strasse. Es gibt Schätzungen, die von etwa 120000 Betroffenen ausgehen. Über Nacht gewissermassen. Alle Rechte und Integrationshilfe, die sie unter dem alten Gesetz genossen, erlöschen sofort.

«Eine soziale Bombe»

Das hat vor allem mit Artikel 13 der Legge Salvini zu tun. Er verbietet es den Gemeinden, diese Personen in das Register ihrer Einwohner aufzunehmen, wie das bislang der Fall war. Und ohne Eintrag haben sie kein Recht, die Kinder zur Schule zu schicken. Das Gesundheitswesen bleibt ihnen verschlossen. Arbeit finden die Papierlosen höchstens noch in der Schattenwirtschaft, auf den Gemüsefeldern im Süden zum Beispiel, wo sie vom organisierten Verbrechen ausgebeutet werden. Die kritischen Bürgermeister sprechen von einer «sozialen Bombe».

Angeführt werden sie von Leoluca Orlando, einem alten Fuchs der italienischen Politik. Zum fünften Mal ist er nun schon Bürgermeister von Palermo. Orlando kündigte an, er werde die neue Norm ignorieren, weil sie «unmenschlich» und «verfassungswidrig» sei. Das Einwohneramt werde er anweisen, weiterhin alle zu registrieren. Die Amtskollegen aus Bari und Neapel reden ähnlich. Jene aus Florenz, Mailand, Reggio Calabria, Reggio Emilia, Livorno und Parma sind zwar ebenfalls kritisch, überlegen es sich aber noch mit dem zivilen Ungehorsam. Die meisten stehen links, manche gehören den regierenden Cinque Stelle an.

In den italienischen Medien wird Orlando nun als «Rebellenführer» gehandelt, und diese dramatische Bezeichnung dürfte ihm ganz gut gefallen. Orlando rebelliert gegen seine politische Nemesis: Man kann sich in Italien kaum zwei unterschiedlichere Politiker vorstellen als den Kosmopoliten Orlando und den Nationalisten Salvini, den Sizilianer und den Mailänder. Orlando nannte Salvini einen «Protofaschisten». Der Minister konterte mit «Verräter»: Wenn Orlando sich weigere, das Gesetz anzuwenden, dann schicke er seine Inspektoren nach Palermo.

Die «Party» sei nämlich jetzt auch für die Bürgermeister vorbei, sagte Salvini und brauchte dafür einen alten Kampfbegriff seiner Propaganda - la pacchia: Party eben, schönes Leben. Letzten Sommer hatte er für Aufregung gesorgt, als er den «Migranten auf Kreuzfahrt über das Mittelmeer» ein Ende der «pacchia» verhiess. Mit solchen Sprüchen macht Salvini Stimmung.

Die Kritik der Bürgermeister mag politisch legitim sein. Doch lange können sie sich dem Gesetz nicht widersetzen. Nachdem der Staatspräsident es unterzeichnet hat, kann nur das Verfassungsgericht es noch kassieren, so es denn angerufen wird und zum Schluss gelangen würde, dass die Vorlage in Punkten dem Grundgesetz widerspricht.

Conte sucht den Dialog

Italiens Premier Giuseppe Conte stellte sich zunächst ganz auf die Seite seines Innenministers. Doch als er merkte, dass die harte Haltung einem Teil der Cinque Stelle,

denen er politisch nahesteht, missfiel, zeigte er sich plötzlich bereit zum Dialog mit den Aufmüpfigen.

Salvini übrigens fand früher, als er noch nicht an der Macht war, dass das gewaltlose Rebellieren durchaus seinen Platz im demokratischen Leben habe. 2016 rief er allen Bürgermeistern zu, sie möchten sich dem Gesetz zu den eingetragenen Partnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare widersetzen. «Ungehorsam gegenüber einem verkehrten Gesetz ist eine Tugend», sagte er damals. Heute betrachtet er bürgerlichen Ungehorsam als Verrat am Volk.

Oliver Meiler, *Rom*